

Anträge zum Europaparteitag der Freien Demokraten

Programmewurf der FDP zur Europawahl 2024

Inhaltsverzeichnis

L - Leitantrag

Bezeichner	Titel · Antragsteller/-in ·	Seite
LPr	Europa. Einfach. Machen. Entfesseln wir Europas Energie für mehr Freiheit und mehr Wohlstand. Bundesvorstand der Freien Demokraten	2
L1	Ein Europa, das Bildungs- und Aufstiegschancen eröffnet – Einfach. Machen. Bundesvorstand der Freien Demokraten	5
L2	Ein Europa, das Wachstum und Spitzeninnovationen hervorbringt – Einfach. Machen. Bundesvorstand der Freien Demokraten	8
L3	Ein Europa, das Freiheit, Vielfalt und Selbstbestimmung schützt – Einfach. Machen. Bundesvorstand der Freien Demokraten	13
L4	Ein Europa, das Freiheit, Sicherheit und Demokratie weltweit stärkt – Einfach. Machen. Bundesvorstand der Freien Demokraten	16
L5	Ein Europa, das Handlungsfähigkeit und solide Finanzen gewährleistet – Einfach. Machen. Bundesvorstand der Freien Demokraten	19
L6	Ein Europa, das digital, klimaneutral und modern zusammen wächst – Einfach. Machen. Bundesvorstand der Freien Demokraten	21

Antrag LPr: Europa. Einfach. Machen. Entfesseln wir Europas Energie für mehr Freiheit und mehr Wohlstand.

Antragsteller/-in:	Bundesvorstand der Freien Demokraten
Sachgebiet:	L - Leitantrag
Schlagwörter:	Präambel

Der Europaparteitag möge beschließen:

1 **Das Programm der FDP zur Europawahl 2024**

2 **Europa. Einfach. Machen.**

3 **Entfesseln wir Europas Energie für mehr Freiheit und**
4 **mehr Wohlstand.**

5 Die Corona-Pandemie, der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und der
6 brutale terroristische Angriff der Hamas auf Israel im Oktober 2023 sind Zäsuren
7 für ganz Europa. Die Europäische Union steht vor einer entscheidenden
8 Bewährungsprobe. Denn die zahlreichen Krisen haben offengelegt, dass die
9 Vollendung des Friedens- und Wohlstandprojekts Europa noch lange nicht
10 abgeschlossen ist. Im Gegenteil: Es herrscht wieder Krieg auf unserem Kontinent.
11 Bei zentralen außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen wie der
12 Unterstützung der Ukraine und Israels spricht die Europäische Union nicht mit
13 einer Stimme. Demokratie und Rechtsstaat stehen europaweit zunehmend unter
14 Druck. Radikale Parteien sind in den nationalen Parlamenten breit vertreten und
15 teilweise auf dem Vormarsch. Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist in Gefahr
16 durch Islamismus, Antisemitismus, rechten und linken Extremismus und ein
17 zunehmend polarisierendes Meinungsklima. Die Bürgerinnen und Bürger in der EU
18 sind durch die zeitweise hohe Inflation belastet, die öffentlichen Haushalte
19 durch höhere Zinsen und wachsende Ausgaben. Mittelstand und Industrie ringen mit
20 unterbrochenen Lieferketten, steigenden Rohstoffpreisen und einem verfestigten –
21 auch demographisch bedingten – Fachkräftemangel. Die Energieversorgung in der
22 Europäischen Union gleicht einem Flickenteppich und ist so weder krisenfest noch
23 effizient. Bei Spitzentechnologien, die für eine schnelle Bewältigung von Krisen
24 sowie eine souveräne und zukunftsfähige EU erforderlich sind, liegt Europa im
25 internationalen Wettbewerb zurück. Zu diesen nationalen und europäischen
26 Herausforderungen kommen globale: die Bekämpfung von irregulärer Migration und
27 Schlepperbanden, der Kampf gegen die Erderwärmung, der Systemwettbewerb mit
28 Autokratien und Diktaturen und die Abwehr von Cyberangriffen.

29 All diese Herausforderungen lassen sich nicht allein national meistern. Wir sind
30 überzeugt: In Europa steckt die Energie, die Krisen und Herausforderungen
31 unserer Zeit zu bewältigen und daraus neue Chancen zu entwickeln. In Europa
32 steckt die Energie, die Entfaltung der großen Potentiale der Bürgerinnen und
33 Bürger zu beschleunigen. In Europa steckt die Energie, zum weltweiten Zentrum
34 für bahnbrechende Innovationen und Spitzentechnologien zu werden. Und in Europa

35 steckt die Energie, ein starker und handlungsfähiger Akteur in den
36 internationalen Beziehungen zu werden, der mit einer Stimme für Demokratie und
37 Menschenrechte weltweit eintritt – und im Ernstfall auch dafür kämpft.

38 In den vergangenen Jahren hat es die EU jedoch nicht vermocht, diese Energie
39 freizusetzen. Stattdessen hat sie sich selbst gefesselt: Mit ungebremst
40 wachsender Bürokratie und der Regulierung selbst kleinster Details und privater
41 Lebensbereiche. Mit überkomplexen und intransparenten Entscheidungsprozessen,
42 die von den Menschen nicht nachvollzogen werden können. Mit
43 Subventionierungsmechanismen, die zu viel Geld unwirksam verteilen. Mit zu viel
44 Freude an Verboten und zu wenig Vertrauen in Selbstverantwortung und
45 Erfindergeist.

46 Das zu ändern, ist unsere Mission. Wir wollen Europas Energie für mehr Freiheit
47 und mehr Wohlstand entfesseln. Dafür wollen wir mit grundlegenden
48 Weichenstellungen in drei Schritten vorgehen.

49 Erstens: Europa muss einfacher werden. Die Menschen sollen die EU nicht mit
50 Überregulierung oder Verboten verbinden, sondern mit einfachen, schnellen und
51 für jeden nachvollziehbaren Lösungen für die Probleme unserer Zeit. Transparente
52 und zügige Entscheidungen, digitale Beteiligungsmöglichkeiten und
53 Serviceangebote sowie ein mutiger Abbau von Regulierung und Bürokratie schaffen
54 Vertrauen, machen Lust auf Beteiligung und verdeutlichen, dass die Europäische
55 Union für die Bürgerinnen und Bürger da ist – und nicht umgekehrt. Wenn wir das
56 Erfinden, Forschen, Gründen und die grenzenlose Nutzung von Bildungsangeboten in
57 ganz Europa einfacher machen, kann Europa bis zum Ende dieses Jahrzehnts die
58 Führungsrolle im weltweiten technologischen Fortschritt zurückerlangen.

59 Zweitens: Europa muss stärker werden. Die Bürgerinnen und Bürger müssen
60 überzeugt sein: Europas Grenzen sind sicher, irreguläre Migration wird strikt
61 unterbunden, ausreisepflichtige Personen werden zügig zurückgeführt, der
62 Rechtsstaat wird überall in Europa konsequent durchgesetzt und eine
63 schlagkräftige Europäische Armee ist im militärischen Ernstfall zum Schutz der
64 Menschen, der Demokratie und der Interessen Europas einsatzbereit.

65 Drittens: Europa muss marktwirtschaftlicher werden. Im systemischen Wettbewerb
66 mit anderen Regionen der Welt ist unsere Wirtschaftskraft der entscheidende
67 Faktor. Durch eine Schärfung der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, durch
68 mehr Freihandel mit der Freien Welt, durch einen Abbau von Subventions- und
69 Verteilungsmechanismen und durch die Vollendung des Digital- und des Energie-
70 Binnenmarktes schaffen wir einen starken und krisenfesten Wirtschaftsraum sowie
71 Chancen für Wachstum und Wohlstand für alle Europäerinnen und Europäer.

72 Für uns Freie Demokraten steht außer Frage: Die Europäische Union ist eine
73 einzigartige Erfolgsgeschichte. Sie hat den Menschen in den Mitgliedstaaten
74 Frieden, Freiheit, Sicherheit, Fortschritt und Wohlstand gebracht! Diese
75 Erfolgsgeschichte gilt es, durch mutige Reformen fortzuschreiben. Für uns als
76 Europapartei ist die EU nicht nur Wirtschaftsgemeinschaft, sie ist eine
77 Wertegemeinschaft, in der unsere Zukunft liegt. Auch wenn es nicht allen gefällt
78 und einseitige Kritik an Brüssel leichter ist, als Rückgrat für die europäische
79 Idee zu zeigen: Wir bekennen uns zu Europa und kämpfen für ein starkes Europa
80 nicht nur aus Vernunft, sondern aus leidenschaftlicher Überzeugung! Wir haben

81 klare Vorstellungen und Argumente für ein Europa, das seine eigenen Kräfte und
82 die Energie der Bürgerinnen und Bürger vollumfänglich entfesselt – auf der
83 Grundlage einer modernen europäischen Verfassung. Dafür sind wir streitbar in
84 Europa. Dafür stellen wir uns zur Wahl. Dafür werben wir um die Unterstützung
85 der Wählerinnen und Wähler. Für mehr Freiheit und mehr Wohlstand. Machen wir es
86 einfach!

Antrag L1: Ein Europa, das Bildungs- und Aufstiegschancen eröffnet – Einfach. Machen.

Antragsteller/-in:	Bundesvorstand der Freien Demokraten
Sachgebiet:	L - Leitantrag
Schlagwörter:	Kapitel 1

Der Europaparteitag möge beschließen:

87 **Ein Europa, das Bildungs- und Aufstiegschancen eröffnet –**
88 **Einfach. Machen.**

89 **Wir Freie Demokraten wollen es einfacher machen, Bildungs- und Arbeitsangebote**
90 **in der gesamten EU zu nutzen. Denn beste Bildungs- und Berufschancen sind die**
91 **Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben und individuellen Aufstieg. Dafür sind**
92 **wir streitbar in Europa:**

93 Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union beheimaten exzellente Hochschulen mit
94 vielfältigen Forschungsschwerpunkten und international anerkannter Expertise.
95 Praktika in europäischen Unternehmen versprechen wertvolle Erfahrungen und
96 Impulse für das weitere Berufsleben. Das Potential, das in diesem europäischen
97 Wissensschatz steckt, wollen wir entfesseln. Sei es ein Schüleraustausch in
98 Frankreich, ein ausbildungsbegleitendes Praktikum in Schweden oder ein
99 Auslandsstudium in Polen: Wir wollen bestehende Hürden abbauen, damit der
100 europäische Bildungsraum für alle Menschen in der EU zum persönlichen
101 Chancenraum wird. Die **Bildungsfreizügigkeit** wollen wir **als neue Grundfreiheit**
102 **der Europäischen Union** etablieren.

103 Wir wollen die europäischen Berufsausbildungs- und Schulsysteme, dort wo es der
104 Bildungsmobilität dient, stärker aufeinander abstimmen. Daher wollen wir den
105 Kopenhagen-Prozess zu Qualität und Anerkennung der beruflichen Bildung auf
106 schulische Bildung ausweiten und zu einem Erfolg wie dem Bologna-Prozess machen.

107 **Wir wollen die Semester- und Prüfungszeiten in der EU angleichen.** Dadurch
108 vereinfachen wir die Planung von Auslandsaufenthalten und verhindern
109 beispielsweise, dass Studierende ihr Studium aufgrund abweichender Zeiträume
110 verlängern müssen. Wir wollen es erleichtern, europaweit die am besten passende
111 Universität zu finden. Auch Bewerbungsprozesse wollen wir vereinfachen. Zu
112 diesem Zweck soll ein zentrales **Online-Bewerbungsportal** für die EU eingeführt
113 werden. Wir fordern die Einführung eines **digitalen Europäischen**
114 **Studierendenausweises**, damit sich Studierende europaweit unkompliziert ausweisen
115 können.

116 **Erasmus+** ist eine Erfolgsgeschichte. Es hat Millionen jungen Menschen
117 Auslandserfahrungen in Europa ermöglicht. Darauf wollen wir aufbauen, indem wir
118 Erasmus+ stärken und den Zugang auch für Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler
119 sowie Azubis verbessern. Unser Ziel ist, dass alle Schülerinnen und Schüler
120 unabhängig vom Einkommen der Eltern sechs Monate ihrer Schulzeit im europäischen
121 Ausland verbringen können. Weiteren Partnerländern der EU soll der Status als
122 Programmland angeboten werden, insbesondere den Beitrittskandidaten.

123 **Multinationale Hochschulen** in Grenzregionen und Studiengänge sowie Prä-Doc- und
124 Post-Doc-Programme, die den Aufenthalt an mindestens zwei europäischen
125 Hochschulen bzw. Forschungsinstituten bedingen, wollen wir besonders
126 unterstützen. Das gilt insbesondere für Studiengänge mit einem Doppelabschluss
127 an mehreren Universitäten. Zur Förderung von sozialem Engagement und kulturellem
128 Austausch in Europa wollen wir zudem einen Binnenmarkt für gemeinnützige
129 Organisationen schaffen und den **Europäischen Freiwilligendienst** sowie den
130 **Kultur- und Sportaustausch** zwischen den Mitgliedstaaten stärken.

131 Die Chancen von **Künstlicher Intelligenz (KI)** wollen wir auch in der Bildung
132 nutzen. KI-Anwendungen können individuelles Lernen von Schülerinnen und Schülern
133 durch passgenaue Lernmaterialien unterstützen. Zudem bietet KI die Chance,
134 Lehrkräfte zu entlasten. Eine innovationsfeindliche Überregulierung von KI
135 lehnen wir ab.

136 Auch bei der **Arbeitskräftemobilität** wollen wir in der EU Hürden abbauen sowie
137 komplizierte und langwierige Prozesse vereinfachen. Motivierten und
138 leistungsbereiten Menschen, die vorankommen und sich mit ihren Fähigkeiten in
139 Europa für Fortschritt und Wachstum einsetzen möchten, müssen alle Türen
140 offenstehen. Wir wollen insbesondere bürokratische, monatelange Verfahren bei
141 der **Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen** vereinfachen und
142 beschleunigen. Dazu fordern wir digitale One-Stop-Shops als zentrale
143 Anlaufstelle in jedem EU-Mitgliedstaat. Diese sollen beispielsweise eine
144 schnelle Übersetzung europäischer Abschlüsse in ihre nationalen Pendant
145 ermöglichen. Wir fordern, die **EU-Entsenderichtlinie** zu modernisieren und zu
146 vereinfachen. Die betroffenen Tätigkeiten wollen wir auf schutzwürdige
147 Sachverhalte begrenzen und insbesondere alle kurzen Reisen und Entsendungen von
148 der Richtlinie ausnehmen. Wir wollen selbstbestimmte Arbeitsmodelle,
149 insbesondere **Remote-Work** im EU-Ausland, rechtssicher ermöglichen. So stärken wir
150 die Flexibilität und Mobilität von Beschäftigten und Selbstständigen. Wir
151 möchten faire Arbeitsbedingungen für Plattformarbeiter schaffen, statt
152 Selbstständige zu gängeln, und setzen uns für eine umfassende Korrektur der
153 **EU-Plattformarbeiterrichtlinie** ein. Die **EU-Arbeitszeitrichtlinie** wollen wir
154 **flexibilisieren**.

155 Wir Freie Demokraten sind überzeugt, dass **Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik** zu
156 Recht Aufgabe der Mitgliedstaaten sind. Nur in Fragen, die tatsächlich eine
157 erhebliche grenzüberschreitende Bedeutung für den Binnenmarkt oder die
158 Freizügigkeit haben, ist die EU politisch gefordert. Zuwanderung in einen
159 anderen Mitgliedstaat, um höhere Sozialleistungen zu erhalten, ist dagegen nicht
160 Gegenstand der Freizügigkeit in der EU. Dies muss auch in der Praxis
161 durchgesetzt werden. Die EU-Kommission muss umgehend eine **Reform der Kindergeld-**
162 **Regelungen** einbringen, die es ermöglicht, die Höhe des Kindergeldes an die
163 Lebenshaltungskosten im Wohnsitzland des Kindes anzupassen.

164 Angesichts des sich verschärfenden Fachkräftemangels ist die EU auf die
165 Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte angewiesen. Wir Freie Demokraten
166 fordern deshalb eine **EU-Strategie für die Fachkräftegewinnung**. Wir wollen ein
167 modernes Zwei-Säulen-System etablieren: Die **Blue Card** wollen wir auch für
168 nichtakademische Fachkräfte weiter öffnen und Mindestgehaltsgrenzen senken.

169 Zudem wollen wir einen **europäischen Talentpool mit Punktesystem** nach kanadischem
170 Vorbild einführen. Wir wollen Einwanderung in den Arbeitsmarkt und nicht in die
171 sozialen Sicherungssysteme. Das niederländische Vorbild eines einjährigen
172 Orientierungsvisums für Absolventinnen und Absolventen der global besten 200
173 Universitäten wollen wir auf die ganze EU ausweiten. So ermöglichen wir eine
174 gesteuerte Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte und steigern die Attraktivität
175 der EU im internationalen Wettbewerb. Für gut integrierte Schutzsuchende muss es
176 die Möglichkeit eines „Spurwechsels“ in eine der beiden Säulen der Einwanderung
177 in den Arbeitsmarkt geben. Zudem wollen wir die Bereitschaft vieler älterer
178 Menschen fördern, ihre Erfahrung und ihr Fachwissen freiwillig auch nach dem
179 Eintritt in den Ruhestand einzubringen.

180 Sprachbarrieren bei Verwaltungsvorgängen in der EU müssen abgebaut werden. Dazu
181 wollen wir **Englisch als zweite Verwaltungssprache** in der Europäischen Union
182 einführen. Alle Bürgerinnen und Bürger der EU sollen dadurch in anderen EU-
183 Ländern besser mit staatlichen Stellen kommunizieren können. So erleichtern wir
184 Verwaltungsvorgänge im Zusammenhang mit Arbeit, Ausbildung und Studium. Zum
185 Übersetzen von Formularen und Verwaltungsdokumenten wollen wir insbesondere auch
186 KI-Anwendungen nutzen.

Antrag L2: Ein Europa, das Wachstum und Spitzeninnovationen hervorbringt – Einfach. Machen.

Antragsteller/-in:	Bundesvorstand der Freien Demokraten
Sachgebiet:	L - Leitantrag
Schlagwörter:	Kapitel 2

Der Europaparteitag möge beschließen:

187 **Ein Europa, das Wachstum und Spitzeninnovationen**

188 **hervorbringt – Einfach. Machen.**

189 **Wir Freie Demokraten stehen für eine starke Soziale Marktwirtschaft,**
 190 **Technologieoffenheit und regelbasierten Freihandel. Planwirtschaft,**
 191 **Protektionismus und Subventionswettläufen erteilen wir eine klare Absage. Dafür**
 192 **sind wir streitbar in Europa:**

193 Sowohl die doppelte Transformation auf dem Weg zu Digitalisierung und
 194 Klimaneutralität als auch internationale Abhängigkeiten stellen die Wirtschaft
 195 in Europa vor große Herausforderungen. Die aktuelle EU-Kommission begegnet dem
 196 jedoch mit den falschen Instrumenten, insbesondere bei der Umsetzung des „Green
 197 Deals“: Es ist nicht Aufgabe der EU, Unternehmen durch Detailsteuerung zu
 198 bevormunden, Absätze zu garantieren, Ressourcen zuzuteilen und Preise künstlich
 199 festzusetzen. Im Gegenteil: Wir brauchen **mehr Wettbewerb, mehr freien Handel** und
 200 **bessere Bedingungen für private Investitionen und Gründungen.**

201 Vor allem die immer **weiter zunehmenden Bürokratielasten** ersticken neues
 202 Wirtschaftswachstum im Keim. Unter EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der
 203 Leyen (CDU) wurde fortlaufend zusätzliche Bürokratie geschaffen. Mittlerweile
 204 sind 57 Prozent der bürokratischen Belastungen in Deutschland auf EU-Gesetze
 205 zurückzuführen. Unternehmen, insbesondere kleine und mittlere Betriebe, sowie
 206 Selbstständige sehen sich angesichts dieser Regulierungswut gezwungen, wertvolle
 207 Energie und Zeit für die Bewältigung immenser bürokratischer Anforderungen
 208 aufzuwenden. Das können wir uns nicht länger leisten. Denn sonst finden
 209 wirtschaftliche Dynamik und Fortschritt außerhalb der EU statt und Arbeitsplätze
 210 sowie Wohlstand stehen auf dem Spiel. Wir Freie Demokraten wollen deshalb eine
 211 **Trendwende für einen radikalen Bürokratieabbau** einleiten. Nur so kann die EU als
 212 Wirtschaftsstandort international wettbewerbsfähig sein und Motor für neues
 213 Wachstum und Wohlstand werden.

214 Dazu fordern wir einen „**Bureaucracy Reduction Act**“. Unsere Wirtschaft wollen wir
 215 von mindestens 50 Prozent der Bürokratielasten befreien. Für jede neue Belastung
 216 durch EU-Regulierung müssen im Gegenzug gemäß der „**One in, two out**“-Regel
 217 konsequent in doppeltem Umfang bestehende Belastungen abgeschafft werden.
 218 Bürokratie auf EU-Ebene ist noch immer eine Blackbox. Wichtig ist die empirische
 219 Bestandsaufnahme. Wir fordern daher eine systematische Erfassung der
 220 Bürokratiekosten resultierend aus EU-Rechtsvorschriften. Als Vorbild könnte der
 221 deutsche Bürokratiekostenindex dienen. Zudem müssen EU-Richtlinien ohne
 222 zusätzliche Bürokratie in nationales Recht umgesetzt werden. Eine Übererfüllung

223 von EU-Anforderungen, das sogenannte „Gold-Plating“, lehnen wir ab. Wir fordern
224 zudem, Gesetze und Verordnungen wo möglich mit einem konkreten Ablaufdatum,
225 einer sogenannten „**Sunset-Klausel**“, zu beschließen. Zudem muss das aktuelle
226 Beihilferecht überarbeitet werden. Wir wollen auch weiterhin einen starken
227 Wettbewerbsschutz in Europa, aber die zunehmende Überfrachtung, etwa der
228 Beihilfe durch andere Themen, muss zurückgedreht werden. So brauchen wir mehr
229 Technologieoffenheit und weniger Bürokratie – auch in der Klima- und
230 Energierichtlinie. Eine Verschärfung der Lieferkettengesetzgebung durch die EU
231 lehnen wir ab.

232 Es muss sichergestellt sein, dass auf EU-Ebene keine Regelungen eingeführt
233 werden, die von Mittelständlern nicht umgesetzt werden können. Das wollen wir
234 durch einen verpflichtenden **KMU-Test** gewährleisten, der die potentiellen
235 Auswirkungen auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU) kritisch prüft. Denn der
236 Mittelstand ist das Rückgrat der europäischen Wirtschaft und Antrieb für
237 Wachstum, Innovation und Wohlstand. Die **KMU-Definition** auf EU-Ebene wollen wir
238 an die Lebensrealität anpassen. Unternehmen mit mittelgroßer Kapitalisierung
239 („Small-Mid Caps“) und größerer Kapitalisierung („Mid Caps“) sollen zukünftig
240 ebenfalls als europäischer Mittelstand definiert werden. Zudem muss die
241 Mitarbeitergrenze von 250 Mitarbeitern angehoben werden.

242 Auch sich überschneidende Berichtspflichten, die aus einem regelrechten
243 Regulierungs-Dickicht resultieren, belasten Unternehmen unnötig. Wir fordern
244 deshalb einen systematischen **Berichtspflichten-Check** durch die EU-Kommission, um
245 doppelte Berichtspflichten zu identifizieren, zusammenzuführen oder
246 abzuschaffen. Wir fordern außerdem ein einheitliches **digitales Meldeportal**, das
247 Unternehmen relevante Informationen gebündelt bereitstellt und eine
248 unkomplizierte, zentrale Einreichung von Berichten ermöglicht. Die Ausgestaltung
249 der EU-Lieferkettenrichtlinie, der EU-Verpackungsverordnung, des „Carbon Border
250 Adjustment Mechanism“ (CBAM) und ähnliche Vorhaben sehen wir sehr kritisch.
251 Bürokratiebelastungen müssen vermieden, Material- und Technologieoffenheit
252 gewahrt und protektionistische Regulierungen verhindert werden.

253 Die Auswirkungen des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands gegen die
254 Ukraine haben verdeutlicht, welche Gefahren von einseitigen Abhängigkeiten für
255 die Versorgungssicherheit und die Wirtschaft ausgehen. Die EU muss insbesondere
256 auch von China, das Wettbewerber und zunehmend systemischer Rivale ist,
257 unabhängiger werden. Wir müssen die Lieferketten der Europäischen Union auf eine
258 breitere Basis stellen, besonders wenn es um die Versorgung mit kritischen
259 Rohstoffen, Produkten oder Technologien geht. Dafür wollen wir verstärkt auf
260 **Rohstoff- und Technologiepartnerschaften** setzen. Uns ist vor allem wichtig, dass
261 wir Abhängigkeiten von autoritären und diktatorischen Staaten, die uns
262 erpressbar machen, so weit wie möglich reduzieren. Neue riskante Abhängigkeiten
263 müssen vermieden werden. Dazu fordern wir, dass die EU-Kommission regelmäßig
264 **Abhängigkeits-Stresstests** durchführt und insbesondere geopolitische Risiken und
265 mögliche kritische Lieferkettenengpässe präventiv evaluiert und in Abstimmung
266 mit den Unternehmen abbaut. Im Krisenfall unterstützen wir effektive
267 Sofortmaßnahmen wie eine Schnellzulassung für kritische Güter, um handlungsfähig
268 zu bleiben. Eine Rettung von Unternehmen auf Steuerzahlerkosten muss von

269 vornherein ausgeschlossen sein. Planwirtschaftliche Eingriffe wie
270 Produktionsvorgaben für Unternehmen lehnen wir ab.

271 **Kritische Infrastruktur** muss vor dem Einfluss autokratischer Staaten geschützt
272 sein. Dazu wollen wir die EU-Investitionskontrolle für ausländische
273 Direktinvestitionen verschärfen, wenn sie die Sicherheit der EU gefährden.

274 Ein wichtiger Schlüssel für eine souveräne EU, die Wirtschaftswachstum,
275 Innovationen und Wohlstand ermöglicht, ist Freihandel weltweit. Wir Freie
276 Demokraten stehen für **fairen, regel- und wertebasierten Handel**, mit einer
277 reformierten Welthandelsorganisation (WTO) als Grundlage. Das gilt umso mehr in
278 Zeiten, in denen Multilateralismus in Frage gestellt wird und Protektionismus
279 und Abschottungstendenzen weltweit zunehmen. Unser Ziel ist eine
280 **Weltfreihandelszone der Demokratien**.

281 Wir fordern einen neuen Anlauf für ein **Freihandelsabkommen mit den USA**. Die EU-
282 Kommission muss den Einsatz für einen **transatlantischen Wirtschaftsraum** zu einer
283 Priorität ihrer Arbeit machen. Die wichtigsten Ziele für ein neues Abkommen
284 müssen sein, Industriezölle sowie Marktzugangsbarrieren insbesondere für
285 Zukunftstechnologien abzuschaffen und gemeinsame Standards festzulegen,
286 besonders mit Blick auf Dekarbonisierung, Digitalisierung und
287 Kreislaufwirtschaft. Der Trade and Technology Council (TTC) muss die Grundlage
288 für diesen gemeinsamen Wirtschaftsraum schaffen. Wir fordern darüber hinaus, den
289 TTC perspektivisch zu intensivieren und um engverbündete Nationen wie
290 beispielsweise **Südkorea, Japan und Großbritannien** zu erweitern.

291 Das Handelsabkommen mit **Kanada (CETA)** muss endlich in allen EU-Ländern inklusive
292 der Regelungen zum Investitionsschutz vollständig ratifiziert werden. Künftig
293 soll der Investitionsschutz wie auch Portfolioinvestitionen Teil der EU-
294 Handelskompetenz werden, damit Abkommen wie CETA keiner Einstimmigkeit bedürfen.
295 Auch den Freihandel mit Südamerika wollen wir entschlossen vorantreiben. Wir
296 setzen uns weiterhin für einen Abschluss des Freihandelsabkommens mit den
297 **Mercosur-Staaten** ein. Darüber hinaus müssen Abschluss und Ratifizierung des
298 modernisierten erweiterten Rahmenabkommens zwischen der EU und **Chile**
299 schnellstmöglich erfolgen. Bei der Zusammenarbeit mit den **ASEAN-Staaten** muss das
300 langfristige Ziel eine gemeinsame Freihandelszone mit der EU sein. Mit **Indien**
301 wollen wir mindestens ein Abkommen über einzelne Bereiche abschließen – Ziel
302 bleibt ein umfassendes Freihandelsabkommen. Mit **Taiwan** wollen wir Gespräche zu
303 einem Freihandels- und Investitionsabkommen aufnehmen, ohne Fortschritte bei dem
304 zurecht auf Eis liegenden Investitionsabkommen mit China (CAI) abzuwarten. Als
305 ersten Schritt soll die Kommission mit unseren taiwanesischen Partnern ein
306 Rahmenprogramm zur gezielten Förderung der Handels- und Investitionsbedingungen
307 erarbeiten, welches konkrete Erleichterungen für den Austausch von Waren und
308 Dienstleistungen, den Abbau von bürokratischen Hemmnissen, die Digitalisierung
309 von Zollformalitäten und die gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen, Lizenzen
310 und Standards beinhalten soll. Ein besonderes Augenmerk sollte auf KMU liegen,
311 um diese vollumfänglich in den Austausch mit Taiwan integrieren zu können. Nach
312 der erfolgreichen Ratifizierung des Freihandelsabkommens der EU mit Neuseeland
313 muss auch das umfassende Handelsabkommen mit **Australien** rasch abgeschlossen
314 werden. Wir fordern zudem, dass die EU mittelfristig einen stärkeren Fokus auf

315 Verhandlungen über Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit **afrikanischen**
316 **Partnerländern** legt.

317 Wir Freie Demokraten setzen auf **Technologieoffenheit**, damit Europas Wirtschaft
318 im immer intensiveren Wettbewerb bestehen kann und für die besten Forscherinnen
319 und Forscher attraktiv bleibt. Wir sprechen uns klar gegen pauschale Verbote und
320 für einen Wettbewerb der besten Technologien aus. Das betrifft unter anderem den
321 Einsatz von **E-Fuels** für eine klimafreundliche Mobilität, Wasserstoff im
322 Gebäudeenergiebereich oder die Chancen der **Fusionstechnologie** und von **Small**
323 **Modular Reactors (SMR)** für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung. Die
324 Potentiale der Gen- und Biotechnologie wollen wir nutzbar machen. Mit Blick auf
325 die Zulassung von neuen Techniken wie der **Genschere CRISPR/Cas9** setzen wir uns
326 weiterhin dafür ein, das Gentechnikrecht grundsätzlich risikoangepasst und
327 technologieoffen zu überarbeiten und an den Stand der Wissenschaft anzupassen.
328 Ein pauschales Verbot von per- und polyfluorierten Chemikalien (PFAS) lehnen wir
329 ab. Das gilt insbesondere für nicht ersetzbare Anwendungen etwa für die
330 Energiewende und in der Medizin.

331 Das EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „**Horizon Europe**“ wollen wir
332 weiterentwickeln und mit klaren Schwerpunkten insbesondere in den Bereichen Bio-
333 und Gentechnologie, Energietechnik sowie Informations- und
334 Kommunikationstechnologie (IKT) ausbauen. Wir unterstützen den zentralen Teil
335 des „Investitionsplanes für Europa“, mit dem die Europäische Union eine
336 verbesserte, zielgenauere Verwendung von EU-Haushaltsmitteln anstrebt. Mithilfe
337 der **Europäischen Investitionsbank (EIB)** sollen auf diesem Wege Investitionen
338 mobilisiert werden – mit Schwerpunkten auf Infrastruktur, Forschung und
339 Entwicklung von klimaschonenden Technologien sowie Innovationen kleiner und
340 mittlerer Unternehmen. Das Finanzierungsvolumen der EIB wollen wir deutlich
341 ausweiten.

342 Zur Sicherung weiterer zukunftsweisender Investitionen und Innovationen wollen
343 wir „**InvestEU**“ stärken – durch Mittelumrichtungen. Mit der Weiterentwicklung
344 des European Innovation Council zu einer **Europäischen Agentur für**
345 **Sprunginnovationen** wollen wir disruptive Innovationen fördern. Wir wollen
346 erreichen, dass Europa als größter Binnenmarkt der Welt bei der Erforschung und
347 Entwicklung von Zukunftstechnologien weltweit an der Spitze steht.

348 **Gründerinnen und Gründern** sowie jungen Unternehmen in der Wachstumsphase wollen
349 wir in der EU eine nachhaltige Finanzierung ermöglichen. Insbesondere wollen wir
350 eine **europäische Venture-Capital-Verordnung**, die beste Bedingungen für
351 **Wagniskapital** schafft. So verhindern wir, dass die besten Ideen und Köpfe aus
352 der EU abwandern, weil vor allem die zweite Finanzierungsrunde in der EU nicht
353 mehr gestemmt werden kann. Ein „**Zukunftsfonds Europa**“ könnte durch entsprechende
354 Risikobündelung Venture Capital an zukunftssträchtige Unternehmen vergeben. Dabei
355 sollen Synergien zum „InvestEU“-Programm und sich daraus ergebende
356 Finanzierungsmöglichkeiten geprüft werden. Zudem setzen wir uns für eine
357 Vereinheitlichung der Regeln zum **Crowdfunding** in der Europäischen Union ein. Wir
358 wollen außerdem ein **unabhängiges Inkubator-Programm** etablieren, das europaweit
359 in großer Zahl Unternehmensgründungen anregt, coacht und zur Finanzierung über
360 **privates Wagniskapital** bringt. Wir fordern **Digital-Freiheitszonen** nach

361 europäischem Recht: Durch Experimentierräume und Öffnungsklauseln wollen wir
362 grenzüberschreitende „Sonderwirtschaftszonen“ für digitale Ausgründungen von
363 Unternehmen, Start-ups und Spin-offs schaffen. Die Rechtsformen des Europäischen
364 Gesellschaftsrechts wollen wir ausweiten (Europäische Privatgesellschaft (SPE),
365 Europäischer Verein), um Unternehmen bessere Rahmenbedingungen und passendere
366 Rechtsformen zu ermöglichen.

Antrag L3: Ein Europa, das Freiheit, Vielfalt und Selbstbestimmung schützt – Einfach. Machen.

Antragsteller/-in:	Bundesvorstand der Freien Demokraten
Sachgebiet:	L - Leitantrag
Schlagwörter:	Kapitel 3

Der Europaparteitag möge beschließen:

367 **Ein Europa, das Freiheit, Vielfalt und Selbstbestimmung**

368 **schützt – Einfach. Machen.**

369 **Für uns Freie Demokraten steht die Freiheit des einzelnen Menschen in**
 370 **Verantwortung für andere an erster Stelle. Sie ist untrennbar mit einer**
 371 **vielfältigen, selbstbestimmten und offenen Gesellschaft verbunden. Wir sehen die**
 372 **EU als eine Wertegemeinschaft, welche die Freiheit des Einzelnen schützen muss.**
 373 **Dafür sind wir streitbar in Europa:**

374 Von der **Reisefreiheit** und unbeschränkten Mobilität im Schengen-Raum profitieren
 375 wir alle politisch, wirtschaftlich und kulturell. Die Voraussetzung für offene
 376 Grenzen im Innern ist jedoch ein starker, effektiver Schutz der EU-Außengrenze.
 377 Wir Freie Demokraten fordern deshalb einen schnelleren Ausbau der EU-
 378 Grenzschutzagentur **Frontex** auf die vorgesehene Personalstärke von 10.000
 379 Einsatzkräften. Begleitet werden muss dies von strukturellen Reformen und einer
 380 Erweiterung von Kontroll- und Transparenzmechanismen. Frontex soll auch die
 381 Seenotrettung auf dem Mittelmeer übernehmen.

382 Die **Migrationsströme** nach Europa sind eine enorme Herausforderung für die EU und
 383 das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in ihre Handlungsfähigkeit. Vielerorts
 384 sind die Aufnahmekapazitäten schon lange erschöpft und Kommunen sowie Städte
 385 massiv belastet. Die Bürgerinnen und Bürger spüren die damit verbundenen
 386 Probleme in ihrem Alltag und erwarten zurecht Lösungen. Wir Freie Demokraten
 387 wollen den **Kurs der neuen Realpolitik in der Migration konsequent umsetzen und**
 388 **weiter vorantreiben** – für mehr Kontrolle und Ordnung. Die EU und ihre
 389 Mitgliedstaaten müssen die grundlegende **EU-Asylreform** zum Erfolg führen und
 390 beweisen, dass sie insbesondere mit schnelleren Asylverfahren und konsequenten
 391 Rückführungen **irreguläre Migration wirksam reduzieren** können. Denn unsere
 392 Kapazitäten sind begrenzt. Wer aus rein wirtschaftlichen Gründen emigriert, hat
 393 in der EU keinen Anspruch auf Asyl. Nur so können wir den Menschen Zuflucht
 394 bieten, die vor Krieg und Verfolgung fliehen und unsere Hilfe wirklich
 395 benötigen. Einheitliche Bedingungen sollen die Sekundärmigration innerhalb der
 396 EU verhindern. Wir befürworten die Einrichtung Europäischer Asylzentren an der
 397 EU-Außengrenze, die unter Wahrung humanitärer Standards ein effizientes und
 398 schnelles Asylverfahren gewährleisten sollen. Wir wollen, dass Asylbewerber zur
 399 Bearbeitung des Asylverfahrens in sichere Drittstaaten überführt und bis zur
 400 Anerkennung des Asylantrags im Drittstaat untergebracht werden können – unter
 401 Gewährleistung humanitärer und rechtsstaatlicher Standards.

402 Wir wollen den Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration der Vereinten

403 Nationen auch auf europäischer Ebene umsetzen. Europäische
404 Entwicklungszusammenarbeit muss **Fluchtursachen vor allem präventiv angehen** und
405 damit auf längere Sicht abmildern. Wir befürworten die Einrichtung **humanitärer**
406 **Schutz zonen** im Einvernehmen mit den jeweiligen Staaten und mit Finanzierung der
407 EU. Wir wollen die **Feststellung des Schutzstatus von Asylanträgen in**
408 **Drittstaaten** ermöglichen. So können Betroffene dort ausloten, ob sie eine
409 Bleibeperspektive in der EU haben und gegebenenfalls auf eine gefährliche Flucht
410 verzichten. Selbstverständlich unter Achtung der Genfer Flüchtlingskonvention
411 und der Grund- und Menschenrechte.

412 Die Werte der Union – Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit – sind das
413 Fundament, auf dem die EU aufgebaut ist. Wer den **Rechtsstaat** mit Füßen tritt,
414 dem müssen rasch und konsequent EU-Fördermittel entzogen werden. Künftig soll
415 der Europäische Gerichtshof (EuGH) auf Antrag eines Mitgliedstaats, der
416 Kommission oder des Parlaments EU-Gelder einfrieren können. Wir wollen den
417 Rechtsstaatsmechanismus auf die Verletzung aller Werte der Union ausweiten,
418 unabhängig davon, ob EU-Gelder betroffen sind.

419 Wir fordern eine Europäische Grundrechtsbeschwerde. Bürgerinnen und Bürgern
420 sowie juristischen Personen sollen verbesserte **Klagemöglichkeiten vor dem**
421 **Europäischen Gerichtshof** gegen EU-Rechtsakte eingeräumt werden. Nach Ausschöpfen
422 des nationalen Rechtswegs müssen diese auch gegen nationale Rechtsakte wegen
423 einer Verletzung ihrer europäischen Grundrechte klagen können. Wir wollen die
424 erfolgreiche Arbeit der Europäischen Staatsanwaltschaft (EUSTA) stärker fördern
425 und weiter ausbauen.

426 **Europol** muss zu einem Europäischen Kriminalamt ausgebaut werden. Die Behörde
427 muss bei grenzüberschreitenden Sachverhalten sowie im Bereich der Gefahrenabwehr
428 mit wirksamen Ermittlungsbefugnissen die Arbeit der Mitgliedstaaten koordinieren
429 und unterstützen können.

430 Wir wollen ein **Europa der Vielfalt**. Der Schutz von Minderheiten ist innerhalb
431 einer demokratischen Gemeinschaft Voraussetzung und Anliegen des Rechtsstaats.
432 Wir fordern, dass Demonstrationen von LSBTIQ unionsweit ungehindert und sicher
433 stattfinden können. Einschränkungen, über das Leben von LSBTIQ sachlich
434 aufzuklären, darf es nirgends in der EU geben. Wir fordern, dass innerhalb der
435 EU geschlossene gleichgeschlechtliche Ehen und festgestellte Elternschaften mit
436 allen Rechten und Pflichten in den europäischen Mitgliedstaaten anerkannt
437 werden. Die „Verfolgung wegen sexueller Identität“ bleibt für uns ein Asylgrund
438 in Europa. Weder für Mitgliedstaaten noch für Beitrittskandidaten darf es einen
439 Rabatt bei der Achtung der Bürgerrechte von LSBTIQ geben. Mittel der EU an die
440 betroffenen Länder sind bei Verstößen einzufrieren.

441 Wir fordern schnelle und konsequente Reaktionen bei Angriffen auf die
442 **Pressefreiheit** durch Mitgliedstaaten in der EU. Eine unabhängige Medienaufsicht
443 in der Union und den Mitgliedstaaten ist aus unserer Sicht zentral. Gerade
444 deshalb setzen wir uns für eine Verbesserung des vorgeschlagenen
445 Medienfreiheitsgesetzes ein. Zivilgesellschaftliche Organisationen wie das
446 Europäische Zentrum für Presse- und Medienfreiheit (ECPMF) sollen befähigt
447 werden, sich europaweit für die Verteidigung der Presse- und Meinungsfreiheit
448 sowie den Schutz von Medienschaffenden einzusetzen.

449 Meinungs- und Kunstfreiheit gilt auch im Netz. Deshalb wollen wir die **Pflicht**
450 **zum Einsatz von Uploadfiltern abschaffen.**

451 Wir wollen einen **Raum der Datenfreiheit und der Datensicherheit** schaffen. Wir
452 werden uns dafür einsetzen, dass europäische Forschungsmittel gezielt zur
453 Erforschung von Datenschutztechnologien und -infrastruktur verwendet werden.
454 Ziel sollte ein weitestgehend autarkes Europa mit eigenen auch privaten Cloud-
455 Anbietern und europäischen Datenschutzstandards sein. Wir wollen die
456 grundrechtswidrige Fluggastdatenspeicherung abschaffen, um die Daten von
457 Reisenden in der Europäischen Union zu schützen.

458 Für uns sind der **Schutz der Privatsphäre** und das Recht auf Verschlüsselung sowie
459 die Anonymität in digitalen Räumen unabdingbar. Netzsperrern, Chatkontrolle,
460 Vorratsdatenspeicherung und anlassloses Ausspionieren der Bürgerinnen und Bürger
461 lehnen wir kategorisch ab. Stattdessen müssen wir in die Ausstattung der Polizei
462 und von Europol investieren.

463 Wir Freie Demokraten sehen einen funktionierenden europäischen Datenschutz mit
464 Datensouveränität und informationeller Selbstbestimmung der Bürgerinnen und
465 Bürger als Grundlage für eine faire und funktionierende Datenökonomie. Wir
466 wollen die **DSGVO entbürokratisieren** und weiterentwickeln.

467 Wir wollen die **Verwaltung in den Mitgliedstaaten digitalisieren**. Dazu wollen wir
468 eine Europäische Digitale Identität stärken und die Mitgliedstaaten
469 verpflichten, bestimmte Verwaltungsdienstleistungen digital, schnell und
470 unbürokratisch zu ermöglichen.

471 Wir akzeptieren nicht, dass Frauen in unserer Gesellschaft noch immer
472 benachteiligt sind. Wir setzen uns dafür ein, dass die verbleibenden Länder die
473 **Istanbul-Konvention zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen** ratifizieren und dass
474 alle Länder die Konvention umsetzen. Wir fordern, dass das Recht auf die
475 gesundheitliche Versorgung mit einem sicheren Schwangerschaftsabbruch in Europa
476 gewährleistet werden muss und dass die reproduktiven Rechte in allen
477 Mitgliedstaaten geachtet werden müssen. Dazu wollen wir das Recht auf einen
478 Schwangerschaftsabbruch in der Grundrechtecharta und der Europäischen
479 Menschenrechtskonvention (EMRK) verankern. Wir sprechen uns für einen
480 europaweiten Endometriose-Aktionsplan aus. Wir setzen uns für eine **verbesserte**
481 **Vereinbarkeit von Care-Arbeit und Beruf** ein – durch den Ausbau erschwinglicher
482 Kinderbetreuung, auch durch Elternzeit für Europaabgeordnete, und die
483 Flexibilisierung von Arbeitszeiten. Den **beruflichen Aufstieg von Frauen und**
484 **Mädchen** möchten wir durch eine verbesserte MINT-Bildung, Entrepreneurship
485 Education und durch die Unterstützung von privaten Female Founders Netzwerken
486 fördern.

487 Wir Freie Demokraten wollen das EU-Recht reformieren, um den Mitgliedstaaten die
488 **kontrollierte Freigabe von Cannabis** und eine eigenständige Drogenpolitik zu
489 ermöglichen.

Antrag L4: Ein Europa, das Freiheit, Sicherheit und Demokratie weltweit stärkt – Einfach. Machen.

Antragsteller/-in:	Bundesvorstand der Freien Demokraten
Sachgebiet:	L - Leitantrag
Schlagwörter:	Kapitel 4

Der Europaparteitag möge beschließen:

490 **Ein Europa, das Freiheit, Sicherheit und Demokratie weltweit**
491 **stärkt – Einfach. Machen.**

492 **Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass Europa eine gemeinsame Antwort**
493 **auf die außen- und sicherheitspolitischen Realitäten findet. Denn diese haben**
494 **sich seit der letzten Europawahl vor fünf Jahren so fundamental verändert, wie**
495 **seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Dafür sind wir streitbar in Europa:**

496 Russland führt einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine, die
497 nach Freiheit und Demokratie strebt. Wir stehen weiter fest entschlossen an der
498 Seite der Ukrainerinnen und Ukrainer. Die **Ukraine** muss den Krieg gewinnen und
499 ihre territoriale Integrität und Souveränität zurückerlangen. Dafür muss die EU
500 die Ukraine weiterhin humanitär, finanziell, wirtschaftlich und militärisch
501 stärker unterstützen – auch mit der Lieferung verfügbarer schwerer Waffen. Dazu
502 müssen die Kapazitäten der europäischen Rüstungsindustrie gesteigert werden.

503 Die FDP setzt sich für einen koordinierten internationalen **Wiederaufbau der**
504 **Ukraine** ein. Dazu soll das eingefrorene russische Vermögen genutzt werden
505 können. Daher ist die EU aufgefordert, nach allen rechtsstaatlichen
506 Möglichkeiten zu suchen, das eingefrorene russische Staatsvermögen sowie die
507 Eigentümer gesperrter russischer Privatvermögenswerte, sofern sie eine (Mit-
508)Verantwortung für den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg trifft oder aus diesem
509 einen Vorteil gezogen haben, für den Wiederaufbau der Ukraine sicherzustellen
510 und einzusetzen. Der Wiederaufbau und der europäische Integrationsprozess müssen
511 von Anfang an eng miteinander verbunden sein. Die EU muss die Ukraine noch
512 stärker bei der Umsetzung der Strukturreformen unterstützen. Die Bekämpfung der
513 Korruption steht dabei im Fokus.

514 Wir fordern die **Isolation Russlands** in multilateralen Organisationen.
515 Wirtschaftssanktionen müssen zu einem vollständigen Embargo ausgeweitet und
516 personenbezogene Sanktionen inklusive Visaentzug und Ausweisung ausgesprochen
517 werden. Die FDP unterstützt die Ermittlungen des Internationalen
518 Strafgerichtshofs (IStGH) und die Schaffung eines Sondertribunals für das
519 Verbrechen des Angriffskriegs. Wladimir Putin und ranghohe russische Funktionäre
520 müssen strafrechtlich zur Rechenschaft gezogen werden. Wir stehen fest an der
521 Seite der russischen Opposition, die sich für ein freies, rechtsstaatliches und
522 liberales Russland einsetzt.

523 Wir Freie Demokraten bekennen uns zur **Universalität der Menschenrechte** als
524 Grundlage einer freien Gesellschaft. Wir wollen eine konsequente

525 Menschenrechtspolitik der Europäischen Union, die entschieden gegen
526 Unterdrückung und gruppenbezogene Feindlichkeit vorgeht.

527 Entscheidungen in der **Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik** (GASP) sollen
528 künftig mit qualifizierter Mehrheit getroffen werden. Der Hohe Vertreter für
529 Außen- und Sicherheitspolitik muss institutionell zu einem EU-Außenminister
530 aufgewertet werden. Dieser soll für alle zentralen Bereiche der europäischen
531 Außenpolitik zuständig sein und koordinierend für mehr Kohärenz und Effizienz
532 der EU und ihrer Mitgliedstaaten sorgen. Außerdem soll ein politischer
533 Stellvertreter für die Verteidigungs- und Sicherheitspolitik eingesetzt werden,
534 der wie der Hohe Vertreter selbst den Rang eines Kommissars haben soll. Der
535 **Europäische Auswärtige Dienst** (EAD) soll als wichtiger Unterbau gestärkt werden,
536 sodass wir gegenüber Verbündeten, Wettbewerbern und autoritären Staaten mit
537 einer Stimme sprechen. Wir wollen die EU ertüchtigen, damit sie in außen- und
538 sicherheitspolitischen Fragen zu jeder Zeit und auf allen Ebenen strategisch
539 vernetzt handeln kann. Dazu muss der strategische Kompass der EU konsequenter
540 verfolgt werden.

541 Ziel ist die Schaffung einer **Europäischen Verteidigungsunion** als Zwischenschritt
542 zu einer **Europäischen Armee** unter gemeinsamem Oberbefehl und unter
543 parlamentarischer Kontrolle. Die militärischen Fähigkeiten im Rahmen der
544 Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) sollen stärker europäisch
545 koordiniert und gebündelt werden. Den **Europäischen Verteidigungsfonds** (EVF)
546 wollen wir genauso wie die gemeinsame Rüstungsbeschaffung ausbauen. Wir setzen
547 uns für eine Harmonisierung der Rüstungsexportregeln in Europa ein.
548 Rüstungsexporte an demokratische Partner wie die NATO-Staaten, Australien,
549 Israel, Indien, Japan, Südkorea und die Ukraine wollen wir vereinfachen. Wir
550 wollen den europäischen Pfeiler der NATO und damit die gemeinsame politische
551 Handlungsfähigkeit der EU-Partner im Bündnis stärken.

552 Die Anstrengungen der EU für **Sicherheit und Schutz im Weltraum** müssen deutlich
553 erhöht werden. Dazu wollen wir die Resilienz satellitengestützter Kommunikation,
554 Information, Navigation und Erdbeobachtung stärken.

555 Wir sprechen uns für die Einrichtung eines **Europäischen Sicherheitsrates** (ESR)
556 unter Vorsitz des Hohen Vertreters aus. Der ESR wäre zuständig für das Agenda-
557 Setting sowie die Ausarbeitung von Stellungnahmen und Empfehlungen zu
558 strategischen Fragen. Das **EU Intelligence Analysis Centre** (EU INTCEN) soll
559 außerdem zu einem wirksamen europäischen Nachrichtendienst ausgebaut werden. Die
560 Mitgliedstaaten sollen nachrichtendienstliche Informationen grundsätzlich teilen.

561 Japan, Südkorea, Indien und demokratische ASEAN-Staaten gehören noch stärker in
562 den Fokus der europäischen Außenpolitik in **Asien**. Ebenso gilt dies für
563 **Australien und Neuseeland**. Die globale Zukunftsgestaltung setzt neben der
564 Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen eine noch engere Zusammenarbeit bei
565 den Themen Klima- und Artenschutz, nachhaltige Energiegewinnung, Sicherung von
566 Ressourcen, Sicherheit und Konnektivität voraus.

567 Wir befürworten eine **EU-Strategie gegenüber China**, die von unseren Werten
568 geprägt ist. China ist systemischer und ökonomischer Rivale. Wir wollen unsere
569 Wettbewerbsposition gegenüber der Volksrepublik China verbessern und
570 wirtschaftlich unabhängiger werden. Wir wollen strategische Initiativen wie

571 **Global Gateway** als Antwort auf die chinesische „Belt-and-Road“-Initiative
572 stärken. Menschenrechtsverbrechen wie die massenhafte Internierung und
573 Zwangssterilisierung der Uiguren müssen sanktioniert werden. Kritische
574 Technologien dürfen nicht in die Hände von Systemrivalen wie China fallen. Dabei
575 wollen wir uns eng mit den G7 abstimmen, indem wir den Koordinationsausschuss
576 für multilaterale Ausfuhrkontrollen (CoCom) wiederbeleben. Zudem wollen wir
577 prüfen, ob Exportkontrollen verschärft werden müssen und ein Outbound Investment
578 Screening erforderlich ist. Unnötige Handelshemmnisse müssen dabei vermieden
579 werden.

580 Die **Versorgung mit kritischen Rohstoffen und Energie** muss sowohl international
581 als auch durch heimische Produktion diversifiziert werden. Der deutsche
582 Alleingang gegen die Interessen unserer europäischen Partner bei Nord Stream 1
583 und 2 war ein folgenschwerer Fehler. Dies hat sich nicht zuletzt bei der
584 erschwerten Reaktionsfähigkeit auf den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine
585 gezeigt. Europa darf sich nicht verwundbar machen. Unsere Antwort ist eine
586 gemeinsame **Energieaußenpolitik**, die Energiepartnerschaften mit zuverlässigen
587 Ländern herstellt. So kann es gelingen, Energiequellen zu diversifizieren und
588 Energieabhängigkeiten von einzelnen Lieferanten zu reduzieren.

589 Das **Existenz- und Selbstverteidigungsrecht Israels** ist für uns Freie Demokraten
590 nicht verhandelbar. Wir stehen uneingeschränkt an der Seite Israels und setzen
591 uns dafür ein, dass die EU das auch tut. EU-Hilfsgelder dürfen nicht für Terror
592 und Antisemitismus missbraucht werden. Personen und Organisationen, die Terror
593 gegen Israel verüben oder unterstützen, müssen sanktioniert werden. Dazu fordern
594 wir ein globales Sanktionsregime gegen antiisraelischen Terror.

595 Wir Freie Demokraten treten weiterhin für eine verhandelte Zweistaatenlösung
596 ein.

597 Wir Freie Demokraten stehen fest an der Seite **Taiwans**. Wir wollen zusammen mit
598 unseren Wertepartnern der Region auf allen Ebenen für die Stabilität in der
599 Taiwanstraße eintreten und die Zusammenarbeit mit Taiwan ausbauen. Die
600 Einbindung Taiwans in internationale Organisationen unterstützen wir. Unser Ziel
601 ist, dass sich China und Taiwan im friedlichen Dialog darauf verständigen, den
602 Bürgerinnen und Bürgern Taiwans die freie Entscheidung über ihre politische
603 Zukunft zu ermöglichen.

604 Darüber hinaus dürfen wir **Afrika**, aber auch Lateinamerika, als aufstrebende
605 Kontinente nicht Ländern wie Russland oder China überlassen. Wir setzen uns
606 dafür ein, dass Europa die Afrikanische Union bei der Umsetzung ihrer Visionen
607 zur Agenda 2063 und einer Freihandelszone (AfCFTA) unterstützt. Außerdem braucht
608 die EU mehr Handels- und Investitionsabkommen mit den Staaten Afrikas, um die
609 Exportchancen und Importe von Rohstoffen und Energie zu erhöhen. Wir wollen
610 kulturelle Überzeugungskraft entfalten, indem wir Austauschprogramme wie
611 Erasmus+ massiv mit dem Fokus auf Länder des Globalen Südens ausweiten.

Antrag L5: Ein Europa, das Handlungsfähigkeit und solide Finanzen gewährleistet – Einfach. Machen.

Antragsteller/-in:	Bundesvorstand der Freien Demokraten
Sachgebiet:	L - Leitantrag
Schlagwörter:	Kapitel 5

Der Europaparteitag möge beschließen:

612 **Ein Europa, das Handlungsfähigkeit und solide Finanzen**

613 **gewährleistet – Einfach. Machen.**

614 **Wir Freie Demokraten wollen durch mutige Reformen starke und handlungsfähige EU-**
615 **Institutionen schaffen, die Wirtschafts- und Währungsunion vollenden und solide**
616 **Finanzen europaweit sicherstellen. Dafür sind wir streitbar in Europa:**

617 Wir fordern eine verkleinerte Kommission mit 18 Ministern sowie ein **Parlament**
618 **mit einem Sitz in Brüssel, einem Vorschlagsrecht für den Kommissionspräsidenten**
619 **und mit einer Gesetzesinitiativbefugnis.** Der EU-Direktwahlakt sollte das
620 Wahlalter 16, europäische Wahllisten, einen gemeinsamen Wahltag und das
621 Spitzenkandidatenprinzip einführen, aber auf eine Geschlechterquote verzichten.
622 Wir setzen uns dafür ein, dass ein Konvent eine föderale bundesstaatliche
623 Verfassung für die Europäische Union erarbeitet, über die in einer
624 gesamteuropäischen Volksabstimmung abgestimmt wird.

625 Für eine mögliche Erweiterung der EU braucht es mehr Realismus. Eine
626 **EU-Beitrittsperspektive** kann ein zentrales Instrument sein, um auf unserem
627 Kontinent Demokratie, innere und äußere Sicherheit, politische Stabilität und
628 wirtschaftlichen Wohlstand langfristig zu sichern. Die Kandidaten müssen vor
629 einem Beitritt selbstverständlich alle Kriterien erfüllen. Auf diesem Weg wollen
630 wir die Länder unterstützen, damit ihr Beitrag zu einem Erfolg wird, der die EU
631 nach innen und außen stärkt. Dabei muss ein besonderer Fokus auf dem Thema
632 Rechtsstaatlichkeit liegen. Eine von Präsident Erdogan autoritär regierte Türkei
633 kann kein Kandidat für eine Mitgliedschaft in der EU sein. Daher wollen wir die
634 EU-Beitrittsverhandlungen mit der **Türkei** in der bisherigen Form beenden und die
635 Beziehungen auf eine neue Grundlage enger sicherheitspolitischer und
636 wirtschaftlicher Zusammenarbeit stellen. Nach dem Abschluss des Windsor-
637 Abkommens wollen wir die neue Partnerschaft zwischen der EU und **Großbritannien**
638 wo immer möglich vertiefen. Außerdem stehen wir Freie Demokraten dafür ein, eine
639 **flexible Integration** zu ermöglichen, damit einige Staaten weitere
640 Integrationschritte vornehmen können. Dabei bleibt die Tür für die übrigen
641 Mitgliedstaaten stets offen.

642 Wir stehen für **solide Finanzen**. Mit der FDP wird es keinen Einstieg in eine
643 Schuldenunion geben. Europa muss in der kommenden Legislaturperiode wie
644 vereinbart mit der Tilgung der für den Corona-Solidaritätsfonds aufgenommenen
645 Kredite beginnen. Eurobonds lehnen wir ab. Die Einnahmen der EU sollen wie
646 bisher hauptsächlich aus Überweisungen von Mitgliedstaaten, bemessen an ihrer
647 Wirtschaftskraft, stammen. Für uns hat die **Bekämpfung der Inflation** oberste

648 Priorität. Die Politik auf EU-Ebene und in den Mitgliedstaaten muss die
649 Inflationsbekämpfung durch die EZB bestmöglich unterstützen. Dazu gehört eine
650 Haushaltspolitik, die auf weitere schuldenfinanzierte Konjunkturprogramme
651 verzichtet. Aus dem gleichen Grund muss ein glaubwürdiger **Schuldenabbau** in
652 hochverschuldeten Mitgliedstaaten bei der Reform des Stabilitäts- und
653 Wachstumspaktes im Vordergrund stehen. Dauerhaft überwinden lässt sich die
654 Inflation nur durch Schaffung von zusätzlichem Angebot. Das schließt die
655 Vertiefung des Binnenmarktes – vor allem für Arbeit, Energie, Kapital und
656 digitale Dienstleistungen –, den Abbau von Bürokratie und Investitionshemmnissen
657 und den Abschluss neuer Freihandelsabkommen ein.

658 Wir wollen die **Wirtschafts- und Währungsunion vollenden** und die
659 **Kapitalmarktunion vertiefen**. Die Kapitalmarktunion ist ein Booster für private
660 Investitionen. Daher unterstützt die FDP den sogenannten **Listing Act**, der Start-
661 ups und mittelgroßen Unternehmen den Zugang zur Börsenfinanzierung erleichtert.
662 Wir wollen auch Privatanlegern den Zugang zum Kapitalmarkt erleichtern. Daher
663 wenden wir uns gegen ein Verbot von Rückvergütungen im Wertpapierhandel (**Payment**
664 **for Order Flow, PFOF**), durch das günstige und innovative Wettbewerber geschwächt
665 werden. Wir sind für ein faires und transparentes Nebeneinander von Provisions-
666 und Honorarberatung von Anlegern und wir setzen uns dafür ein, dass erfahrenen
667 Privatanlegern eine größere Produktpalette unter geringeren bürokratischen
668 Anforderungen angeboten werden kann als bisher.

669 Wir setzen uns für den Erhalt von Bargeld als Zahlungsmittel in Europa ein. Die
670 Einführung des **digitalen Euro** als Ergänzung zum bestehenden Bargeld begleiten
671 wir konstruktiv. Als digitales Bargeld soll der digitale Euro offline wie online
672 nutzbar sein. Dabei muss die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger
673 vollumfänglich geschützt bleiben.

Antrag L6: Ein Europa, das digital, klimaneutral und modern zusammen wächst – Einfach. Machen.

Antragsteller/-in:	Bundesvorstand der Freien Demokraten
Sachgebiet:	L - Leitantrag
Schlagwörter:	Kapitel 6

Der Europaparteitag möge beschließen:

674 **Ein Europa, das digital, klimaneutral und modern zusammen**
675 **wächst – Einfach. Machen.**

676 **Wir Freie Demokraten wollen Europa zum digitalen Chancenkontinent machen,**
677 **Energiesicherheit und effektiven Klimaschutz durch Technologieoffenheit und**
678 **Marktwirtschaft erreichen und die europäische Infrastruktur auf die Zukunft**
679 **ausrichten. Dafür sind wir streitbar in Europa:**

680 Wir setzen uns für den Ausbau des **digitalen Binnenmarkts** und den Abbau
681 nationaler Schranken ein. Wir wollen es einfacher machen, digitale
682 Geschäftsmodelle zu skalieren und grenzübergreifende Start-ups zu gründen. Dazu
683 wollen wir eine einheitliche Rechtsauslegung durch eine Europäische Behörde für
684 den digitalen Binnenmarkt sicherstellen. Bürgerinnen und Bürger müssen EU-weit
685 mit einer **digitalen Identität** unterwegs sein können, die einfach und
686 interoperabel für die Dienste der öffentlichen Hand und der Privatwirtschaft
687 einsetzbar ist. Das Prinzip der **Netzneutralität** in der Europäischen Union
688 verteidigen wir. Audiovisuelle Inhalte sollen künftig ebenfalls in den
689 Anwendungsbereich der **Geoblocking-Verordnung** aufgenommen werden. Wir setzen uns
690 für moderne Lizenzierungs- und Monetarisierungsmodelle ein. Wir wollen einen
691 Europäischen Mobilfunkraum schaffen, in dem Verbraucherinnen und Verbraucher
692 Mobilfunkverträge aus allen Mitgliedstaaten europaweit und unbegrenzt nutzen
693 können. Die Roaming-Freiheit wollen wir auf alle Beitrittskandidaten ausweiten.
694 In einer zunehmend unsicheren Welt muss Europa in der Lage sein, kritische
695 Infrastruktur vor fremder Einflussnahme zu schützen. Wir fordern daher
696 **gemeinsame Sicherheitsstandards für die digitale Infrastruktur**. Komponenten von
697 Unternehmen, die Einflussmöglichkeiten autoritärer Regime unterliegen, dürfen
698 nicht in der digitalen kritischen Infrastruktur (zum Beispiel 5G-Netz) verbaut
699 werden.

700 Wir wollen die EU zum Hotspot für **Künstliche Intelligenz** machen. Darum erteilen
701 wir konservativen Überwachungswünschen und linken Überregulierungsphantasien
702 gleichermaßen eine Absage. Die FDP setzt sich für eine unbürokratische und
703 praxisnahe Umsetzung der **europäischen KI-Verordnung** ein, die Innovationen
704 ermöglicht und Bürgerrechte schützt. Für KI-Trainingsdaten setzen wir uns für
705 ein Fair-Use-Prinzip nach amerikanischem Vorbild ein. Wir wollen die
706 Wettbewerbsfähigkeit der europäischen KI-Wirtschaft stärken und moderne
707 Monetarisierungsmodelle von Rechteinhabern ermöglichen.

708 Wir wollen die Erderwärmung auf möglichst 1,5 Grad begrenzen. Die FDP setzt auf
709 den **Emissionshandel** und Technologieoffenheit, um die europäischen **Klimaziele** zu

710 erreichen. Der Emissionshandel ist das effektivste und effizienteste
711 Klimaschutzinstrument, da er ein klares Treibhauslimit vorgibt. Bis 2035 wollen
712 wir die Systeme ETS 1 und 2 zusammenlegen, damit sie noch effizienter werden,
713 und verbliebene Emissionsquellen wie die Abfall- und Landwirtschaft einbeziehen.
714 Mittelfristiges Ziel ist eine **einheitliche CO2-Bepreisung**. Kleinteilige
715 Regulierungen wie die **Ökodesign-Verordnung** und die **Ökodesign-Richtlinie** oder
716 zusätzliche CO2-Bepreisungen durch Energiesteuern lehnen wir ab. Das gilt
717 insbesondere für den Gebäudesektor: Der ETS 2 führt dazu, dass kostengünstig
718 dort saniert wird, wo die CO2-Vermeidungskosten am geringsten sind. Wir wollen
719 sicherstellen, dass die dadurch erlangte Technologieoffenheit nicht durch andere
720 Regulierungen gefährdet wird. Daher lehnen wir zusätzliche ordnungsrechtliche
721 Maßnahmen wie die **europäische Gebäudeeffizienzrichtlinie** (EPBD) oder die CO2-
722 Flottengrenzwerte strikt ab. Neben dem Emissionshandel reichen Rahmenbedingungen
723 für den Aufbau von Infrastruktur vollkommen aus.

724 **Klimaschutz** kann nur international gelingen. Europa spielt eine zentrale Rolle
725 sowohl in den internationalen Verhandlungen als auch im heimischen Klimaschutz.
726 Ziel muss es daher sein, schnellstmöglich ein **internationales**
727 **Emissionshandelssystem** zu etablieren. Dazu muss der gegründete Klimaclub
728 erweitert und durch ein Abkommen über die Angleichung eines einheitlichen
729 Emissionshandelssystems erweitert werden. Zudem muss Europa auch die Bemühungen
730 anderer Staaten im Klimaschutz stärken. Dabei geht es um Augenhöhe. Deshalb
731 verbieten sich internationale Vorgaben zur Nutzung unterschiedlicher
732 Technologien. Vielmehr müssen wir den sogenannten „Clean Development Mechanism“
733 (CDM) nach Artikel 6 des Pariser Abkommens stärken und unsere Klimaziele auch
734 über die Nutzung dieser Zertifikate erfüllen.

735 Wir setzen uns für eine innovationsfreundliche Regulierung der Entnahme, Nutzung
736 und Speicherung von CO2 ein. Engstirnige Debatten über die Priorität der CO2-
737 Vermeidung vor **Carbon Capture and Storage (CCS)** und **Carbon Capture and**
738 **Utilization (CCU)** verzögern nur den Markthochlauf. Der Weltklimarat hat bereits
739 klargestellt, dass die Nutzung dieser Technologien für das Erreichen der
740 Klimaziele unabdingbar ist. Einen zusätzlichen Anreiz schaffen wir, indem wir
741 **negative Emissionen** mit kostenlosen CO2-Zertifikaten belohnen. Zudem wollen wir
742 das EU-Klimaziel um ein eigenes Negativemissionsziel erweitern. Wer durch
743 Aufforstung oder technische Methoden der Atmosphäre Treibhausgase entnimmt, soll
744 ein kostenfreies Zertifikat erhalten, ohne dass die Gesamtmenge an Zertifikaten
745 ansteigt. Auch die CO2-Bindung im Agrarbereich muss berücksichtigt werden.

746 Um den **Ausbau von Infrastruktur und Erneuerbaren Energien** zu beschleunigen,
747 stellen wir auf EU-Ebene die Weichen für eine weitere **Beschleunigung von**
748 **Planungs- und Genehmigungsverfahren**. Dafür wollen wir
749 Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) auf Vorhaben mit grenzüberschreitenden
750 Umweltauswirkungen beschränken. Europarechtliche Hürden für die
751 Planungsbeschleunigung wollen wir abbauen, indem wir den Mitgliedstaaten mehr
752 Spielraum geben. So erfordern viele Vorhaben eine UVP, deren Aufwand oft in
753 keinem Verhältnis zum Nutzen steht.

754 Für die Energiewende brauchen wir ein neues, **marktwirtschaftliches**
755 **Strommarktdesign**, um eine klimaneutrale, sichere und kostengünstige

756 Energieversorgung zu ermöglichen. Wir wollen, dass Langfristverträge für
757 Kleinunternehmen zugänglicher werden. Bei der Preisbildung soll die lokale
758 Verfügbarkeit von Strom eine Rolle spielen. Energiespeicher und Erneuerbare
759 Energien müssen im Markt integriert werden und ohne staatliche Hilfen auskommen.
760 Es müssen Anreize für eine flexible Bereitstellung und Nutzung von Strom
761 geschaffen werden. Das Stromnetz zwischen den Mitgliedstaaten muss ausgebaut und
762 der **Europäische Energiebinnenmarkt** geschaffen werden.

763 Kernfusion bietet das Potential, Energie in Zukunft klimaneutral und sicher zu
764 erzeugen. Wir wollen für die **Kernfusion** einen innovationsfreundlichen
765 Rechtsrahmen außerhalb des Atomrechts schaffen, der den geringeren Risiken
766 dieser Technik Rechnung trägt. **Wasserstoff** und **synthetische Kraftstoffe** bieten
767 große Chancen als Energiespeicher der Zukunft. Regulatorische und bürokratische
768 Hürden, die den schnellen Wasserstoffhochlauf behindern, müssen abgebaut werden.
769 Wir wollen eine Zwangsentflechtung von Gas- und Wasserstoffnetzbetrieb
770 verhindern, denn dies würde den Infrastrukturumbau massiv behindern. Alternative
771 Kraftstoffe, wie **E-Fuels**, sollen sowohl als Reinkraftstoff als auch als
772 Beimischung zulässig sein.

773 Zum Erhalt von **Artenvielfalt** ist es notwendig, Maßnahmen evidenzbasiert zu
774 ergreifen und regelmäßig anhand überprüfbarer Kriterien zu evaluieren. Mit
775 Biodiversitäts-Zertifikaten, wie zum Beispiel in Australien eingeführt, könnte
776 man auch hier Marktanreize setzen. Die Bestände vieler **geschützter Tierarten**
777 haben sich in den letzten Jahren vielerorts massiv erhöht. Wo diese Tierarten
778 erhebliche Konflikte mit der Nutzung der Natur oder dem Schutz anderer Arten
779 verursachen, muss es möglich sein, den Bestand sinnvoll zu regulieren. Dies gilt
780 insbesondere für den **Wolf**. Wir wollen den Schutzstatus des Wolfes für die
781 Regionen senken, in denen ein gesunder Erhaltungszustand erreicht ist.

782 Wir wollen einen gemeinsamen Europäischen **Gesundheitsdatenraum** schaffen, der die
783 Versorgung verbessert, Innovationen ermöglicht und den Anforderungen des
784 Datenschutzes genügt. Wir wollen die **Bürokratie im Gesundheitsbereich reduzieren**
785 und Zulassungsverfahren beschleunigen, ohne Kompromisse bei der
786 Patientensicherheit zu machen. Um den Zugang zu Arzneimitteln für seltene
787 Erkrankungen sicherzustellen, muss die europäische Nutzenbewertung deren
788 Besonderheiten praxistauglich berücksichtigen. Zu bürokratische Verfahren
789 treffen insbesondere kleine Hersteller überproportional und führen dazu, dass
790 Medizinprodukte vom Markt genommen werden. Mit dem gemeinsamen Kauf von
791 Impfstoffen hat die erste größere gemeinsame Beschaffung der Europäischen Union
792 im Gesundheitsbereich stattgefunden. Wir halten es für sinnvoll, die Bedeutung
793 des Europäischen Binnenmarkts für verstärkte **gemeinsame Beschaffung im**
794 **medizinischen Bereich** zu nutzen, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

795 Wir Freie Demokraten sehen den Führerschein als gelebte Freiheit. Er ermöglicht
796 **Mobilität**, gerade im ländlichen Raum. Daher wollen das Mindestalter zum Erwerb
797 eines Pkw-Führerscheins senken und **begleitetes Fahren bereits ab 16 Jahren**
798 ermöglichen. Dies führt nachweislich zu mehr Verkehrssicherheit. Im gleichen
799 Maße lehnen wir Einschränkungen für Senioren durch verpflichtende, regelmäßige
800 Gesundheitstests als Voraussetzung für die Verlängerung des Führerscheins ab.
801 Diese diskriminieren ältere Menschen, die nachweislich niedrigere Unfallzahlen

802 haben als andere Altersgruppen.

803 Die FDP setzt sich für **faire Wettbewerbsbedingungen auf der europäischen Schiene**
804 ein. Hierfür braucht es einen freien Zugang in alle europäischen Eisenbahnnetze
805 und eine Trennung von Netz und Betrieb. Wir wollen einen entsprechenden Anlauf
806 zur Weiterentwicklung der bisherigen Eisenbahnpakete machen. Des Weiteren setzen
807 wir uns für den konsequenten Ausbau der **Transeuropäischen Eisenbahnnetze** zu
808 Hochleistungs- und Hochgeschwindigkeitskorridoren ein. Ziel ist ein europäisches
809 Hochgeschwindigkeitsnetz. Schienennetze und Ticketsysteme sollen harmonisiert,
810 Netz und Betrieb getrennt und das Europäische Eisenbahnverkehrsleitsystem
811 (ERTMS) flächendeckend eingeführt werden. Zudem wollen wir einen EU-Standard für
812 Magnetschwebbahnen schaffen.

813 Den **Luftverkehr** wollen wir ohne Verbote und zusätzliche Steuern und Abgaben bis
814 2050 klimaneutral machen. Das Instrument für die Bepreisung von CO2-Emissionen
815 im Luftverkehr sind der Emissionshandel und das „Carbon Offsetting and Reduction
816 Scheme for International Aviation“ (CORSIA). Die Rahmenbedingungen für den
817 Einsatz von **Lufttaxis** und **Drohnen** wollen wir verbessern.

818 Wir fordern eine marktwirtschaftliche **Gemeinsame Agrarpolitik** (GAP), die weniger
819 von Subventionszahlungen und überbordender Bürokratie geprägt ist. Die
820 flächenbezogenen Direktzahlungen der ersten Säule wollen wir daher schrittweise
821 über einen Zeitraum von 15 Jahren abbauen. Wir wollen nicht, dass niedrige
822 **Tierschutzstandards** zu einem Wettbewerbsvorteil führen. Deshalb brauchen wir
823 europaweite Mindeststandards für den Tierschutz, die kleinere und mittlere
824 Betriebe nicht überfordern. Die EU-Vermarktungsnormen für Obst und Gemüse wollen
825 wir grundlegend vereinfachen. Statt dem äußeren Erscheinungsbild soll allein die
826 Qualität des Produkts entscheidend sein. **Innovationen in der Landwirtschaft** wie
827 Gentechnik wollen wir durch zügige und wissenschaftlich fundierte
828 Zulassungsverfahren ermöglichen. Beim **Einsatz und der Zulassung von**
829 **Pflanzenschutzmitteln** stellen wir uns klar gegen die ideologische
830 Vorverurteilung und pauschale Einschränkungen. Die Zulassung einzelner
831 Substanzen oder Stoffgruppen darf nicht willkürlich erfolgen, sondern muss nach
832 wissenschaftlich fundierten Maßstäben erfolgen.

833 Wir setzen uns für eine vollständige **Neuordnung des europäischen**
834 **Gentechnikrechts** ein. Nicht nur die Bewertung der klassischen Grünen Gentechnik
835 muss an den heutigen Wissensstand angepasst werden, sondern auch sogenannte Neue
836 Züchtungstechniken, wie die Genomeditierung durch CRISPR/Cas9, müssen
837 fortschrittsorientiert und rechtlich klar geregelt werden. Ziel muss dabei sein,
838 dass das Produkt und nicht die Methode der Erzeugung bewertet wird. Besonders
839 die Neuen Züchtungstechniken bieten mit hochpräzisen und kostengünstigen
840 biotechnologischen Eingriffen umweltfreundliche Lösungen. Widerstandsfähige
841 Pflanzen können den Einsatz von Pflanzenschutz und Dünger erheblich verringern.

842 Wir wollen eine europäische **Fischereipolitik**, welche Nachhaltigkeit, soziale
843 Gerechtigkeit und wirtschaftliche Stabilität gleichrangig miteinander verbindet.
844 Bestrebungen der Europäischen Kommission, das Freizeitangeln zunehmend den
845 Vorgaben der Gemeinsamen Fischereipolitik und engmaschigen Datenerhebungen zu
846 unterstellen, lehnen wir ab.